Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Es werden Anzeigen die Grundzeile oder deren Raum (30 mm) mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile (100 mm) mit 50 Pfg., die Kaufgesuchzeile durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg., Belegs- oder einzelne Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Gegründet 1828.

Fernsprechanschluß 16.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Telegrammanschrift: Wanderer Gleiwitz.

No. 86. Gleiwitz, Freitag, den 15. April 1898. 71. Jahrgang.

Kiautschou.

Die „Peking and Tientsin Times", das einzige in Tientsin in fremder Sprache erscheinende Blatt und als solches vornehmlich Mundstück der öffentlichen Meinung englischer Zunge, beschäftigen sich mit der kommerziellen Zukunft von Kiautschou. Ihre Ausführungen verdienen Beachtung, da sie im Gegensatz zu der Anfangs zu Tage getretenen englischen Auffassung zum ersten Male die wirthschaftliche Bedeutung des neuen deutschen Gebietes würdigen. Der Verfasser sagt:

„Wir sind überzeugt, daß die Provinz Schantung unter deutscher Leitung mit der Zeit ein industrieller Mittelpunkt werden wird. Neben dem Handel desjenigen Theils von Schantung, der die Halbinsel bildet, wird Kiautschou sich als Hauptthafen für Ausfuhr und Einfuhr von und nach den nördlichen Theilen von Kiangsu und Honau und ebenso von Shensi, und dem südlichen Shansi entwickeln. Solange der große Kanal offen bleibt, werden die Produkte von Kiandsu ohne Zweifel nach den Yangtse-Häfen gehen, aber da Eisenbahnen diesem Kanal seine Bedeutung für allgemeine Zwecke nehmen werden, so wird man ihn ohne Zweifel eintrocknen lassen.

„Man hat berichtet, daß eine Eisenbahn-Linie von Kiautschou nach Tsinau-fu gebaut werden soll. Ein Blick auf die Karte läßt es als selbstverständlich erscheinen, daß diese Linie über den Gelben Fluß hinaus in das südliche Tschili verlängert werden muß. . . . Wir sind der Ansicht, daß eine Linie von Kiautschou nach Tsinau-fu auf der Südseite des Flusses laufen und die Peking-Hankau-Eisenbahn an einem Punkte oberhalb Kai-fung-fu erreichen und von dort in Shensi und Kansu eindringen sollte.

„Ob der Handel dieser beiden Provinzen nach der Fertigstellung der Linie Peking—Hankau sich schließlich nach Hankau wenden wird, ist mehr als zweifelhaft, da berichtet wird, daß die Gegend, durch die diese Linie führt, zwischen Honau und dem Yangtse-Thal sehr starke Steigungen hat, die große Kosten machen. Alles in allem sind wir geneigt, zu glauben, daß Kiautschou den Sieg davontragen wird, umso mehr als Deutschland die Richtung der Eisenbahnlinien zu beeinflussen in der Lage ist. Es ist dabei als bekannt vorausgesetzt, daß der gelbe Fluß weder jetzt noch in Zukunft für einen erheblichen Handel benutzt werden kann, und daß mit Ausnahme der Linie Hankau—Peking Eisenbahnen denselben nicht kreuzen, sondern ihm parallel laufen müssen.

„Auf alle Fälle sind wir sicher, daß Deutschland alles thun wird, um China zu veranlassen, den neuerworbenen Hafen in Verbindung mit dem Innern zu setzen. Wir können auch in vernünftiger Weise hoffen, daß in andern Theilen von China ein freundschaftlicher Druck auf die chinesische Regierung ausgeübt werden wird, damit sie die natürlichen Hilfsquellen derselben entwickele. Allerdings reichen dazu die jetzigen Einnahmen Chinas nicht aus, aber wir vertrauen, daß auswärtiges Kapital eine nützliche Verwendung und zureichende Sicherheit in chinesischen Eisenbahnen finden kann, vorausgesetzt, daß die Unternehmer eine genügende Kontrole erhalten, und daß es offenkundig wird, daß auswärtige Vertragsmächte entschlossen sind, die Rechte ihrer Angehörigen zu vertreten.

Die Kriegsgefahr in Amerika.

Berlin, 13. April. Die Botschaft Mac. Kinley's erfährt allenthalben eine getheilte Auffassung. Sie wird jedoch wenigstens als ein Aufschub betrachtet, der vielleicht weiteren Friedensbemühungen der Mächte zugute kommt. Ueber die Wirkung der Mac. Kinley'schen Kundgebung in Spanien wird noch nichts mitgetheilt, die Botschaft scheint vorerst nur dem Ministerrathe, wo sie gestern verlesen wurde, bekannt zu sein. Die spanischen Minister haben sich mit den Erklärungen Mac Kinley's vornehmlich mit Rücksicht auf die Thronrede für die nach bisherigen Meldungen am 25. d. Mts. einzuberufenden Cortes beschäftigt und beabsichtigen, über die Botschaft mit einem allgemeinen, die Rechte Spaniens auf Cuba feierlich betonenden Passus hinwegzugehen. Aus der Stimmung, welche im Ministerrathe zu Tage trat, läßt sich nicht viel Gutes für die weitere Entwickelung der Situation vorhersagen. Man hat den Eindruck, als ob man im span. Cabinet die durch den persönlichen Einfluß durchgesetzte Proklamirung des Waffenstillstandes auf Cuba bereits als einen Fehler empfände und nur geringes Vertrauen in die vielleicht zu spät getroffene Maßregel hege. Man scheint selbst nicht mehr an die Annahme des bereits vorgestern in Havana offiziell proklamirten Waffenstillstandes durch die Aufständischen zu glauben. Es gewinnt in spanischen Regierungskreisen sichtlich die Ueberzeugung die Oberhand, daß Amerika den Krieg will. Zugleich hegt man die Besorgniß, es möchte im Volke die Ueberzeugung durchdringen, daß das selbstaufopfernde Entgegenkommen Spaniens nutzlos gewesen sei, eine Ueberzeugung, die bei der hochgradigen Erregung der Gemüther in Spanien innere Gefahren heraufbeschwören könnte.

— Die Hamburg-Amerika-Linie schickt schon jetzt Schiffe an die amerikanische Küste, um im Fall eines Krieges zwischen Amerika und Spanien den amerikanischen Küstenhandel und die dortige Küstenfahrt zu übernehmen. Die amerikanische Kauffahrtei-Flotte ist dazu außer Stande, einerseits aus Mangel an Schiffen, andererseits aus Furcht vor spanischen Kapern. —

London, 13. April. Das Weiße Haus ist plötzlich verödet, und das Centrum Washingtons ist jetzt das Capitol. Mac. Kinley tritt für den Augenblick in den Hintergrund. Er empfängt wohl und läßt sich dabei auch über die Lage aus, aber seine Stimme verhallt. Alle Augen sind auf den Congreß gerichtet, wo sich das Programm mit Pünktlichkeit abwickelt. Die Ausschüsse beider Häuser berathen, beschwören, beklagen; Einer sucht den Andern an Heftigkeit der Sprache zu überbieten, aber wenn es zur Feststellung von Resolutionen kommt, bringt Niemand etwas Rechtes zu Stande. Der Bericht wird für heute erwartet. Die Worte „Unabhängigkeit und sofortige Intervention" werden in den Resolutionen kaum fehlen, aber erstere wird, glaubt man, nur befürwortet, nicht ausgesprochen, und letzterer durch den Zusatz „falls nothwendig" ihr gefährlichster Stachel benommen werden, das würde schließlich nichts als die Paraphrase der Botschaft sein, und Mac. Kinley hätte gesiegt. Inzwischen ist Mac. Kinley ein Rivale in General Lee erwachsen, der jetzt den Boulanger spielt. — Seine Fahrt von Keywest nach Washington war ein Triumphzug; er sprach auf jeder Station, die Zeit der Worte sei vorbei, man müsse handeln. Lee will den Krieg und möchte selbst die Avantgarde führen. Wenn Lee (sagt der New-Yorker Correspondent der Londoner „Times," welcher übrigens Amerikaner ist) wirklich alle die Reden gehalten hat, welche man heute von ihm berichtet, dann hat er Spaniens Begehren seiner Abberufung mehr als gerechtfertigt. Er ist der Abgott der Ingos geworden. Man sagt, er sei nach Washington gekommen, um sensationelle Enthüllungen über die „Maine"-Affaire zu machen, welche die Schuld der spanischen Behörden außer Zweifel stellen sollen. Er habe, wurde hinzugefügt, auch eine weitere Geschichte zu erzählen, wonach der Kreuzer „Montgomery," welcher etwas später nach Havana kam, von spanischen Behörden böswillig über einer unterseeischen Mine verankert worden war. Mac Kinley empfing Lee überaus herzlich in langer Audienz.

London, 13. April. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Wie verlautet, wurde ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem die gestern gemeldeten Resolutionen mit leichten Abänderungen dem Senate und dem Repräsentantenhause unterbreitet und von demselben einstimmig angenommen werden sollen. Die konservativen Führer der beiden Häuser betrachten den Krieg als ein unvermeidliches Resultat dieses Beschlusses, wenn Spanien Kuba nicht aufgebe. Die republikanischen Mitglieder des Komitees für Mittel und Wege im Repräsentantenhause gaben ihre Zustimmung, falls die Nothwendigkeit eintreten sollte, eine weitere Kriegssteuer von 100 Millionen Dollars pro Jahr aufzulegen und ebenso eine innere Anleihe in Bonds, welche 500 Mill. Dollars einbringen solle.

Old Point Comfort (Virginia), 13. April. Das fliegende Geschwader wird heute mit versiegelten Ordres in südlicher Richtung in See gehen.

Newyork, 13. April. Die telegraphische Verbindung zwischen Habana und Key West ist heute früh unterbrochen. Der Grund ist nicht bekannt.

Washington, 13. April. Das Marineamt hat beschlossen, die Dampfer der Amerikalinie „St. Paul" und „St. Louis" anzukaufen.

Washington, 14. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das Repräsentantenhaus billigte nach stürmischer Debatte mit 340 gegen 20 Stimmen den von der Majorität der Kommission für das Auswärtige beschlossenen Bericht, der dem Majoritätsbericht der Senatskommission ähnlich ist. Es wird darin die Unabhängigkeit Cubas erklärt und verlangt, Spanien solle sich sofort von Cuba zurückziehen. Dem Präsidenten werden die amerikanischen Streitkräfte zur Verfügung gestellt. Der Minoritätsbericht, der auch die Anerkennung der gegenwärtigen cubanischen Republik fordert, wurde vorher mit 191 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Der Senat trifft heute noch keine Entscheidung. (Siehe Neueste Nachrichten.)

Deutsches Reich.

Berlin, 13. April 1898.

— Der im Etat des Finanzministeriums eingestellte Fonds zu Unterstützungen für Wittwen und Waisen der vor dem 1. April 1897 gestorbenen Beamten ist in erheblich höherem Maße in Anspruch genommen worden, als erwartet wurde, und es gehen noch fortgesetzt Gesuche um Bewilligung derartiger Unterstützungen ein. Da der gedachte Fonds im Ganzen unüberschreitbar ist und die neu zugewiesenen Summen durch vorliegende Anträge ebenfalls schon nahezu erschöpft werden, so soll künftig nicht mehr das volle Maß der Unterstützung gewährt werden. Es sollen deshalb die Voraussetzungen für die Bewilligung von nun an auch streng geprüft werden. Zugleich hat der Finanzminister darauf aufmerksam gemacht, daß er nur ermächtigt sei, folgende fortlaufende Unterstützungen zu bewilligen: an Wittwen von Unterbeamten bis zum Höchstbetrage von zusammen 216 Mk., an Wittwen von Diätarien bis zum Höchstbetrage von zusammen 252 Mk., an Wittwen von Subalternbeamten bis zum Höchstbetrage von zusammen 612 Mk. und an Wittwen von höheren Beamten bis zum Höchstbetrage von zusammen 826 Mk. jährlich. Auch kann der Finanzminister für bedürftige Kinder verstorbener Beamten zu deren Erziehung nur bis höchstens 216 Mk., für erwachsene Kinder verstorbener höherer Beamten und Subalternbeamten nur bis höchstens 420 Mk. und für erwachsene Kinder verstorbener Unterbeamten nur bis höchstens 216 Mk. jährlich fortlaufend gewähren. Von den beiden letztbezeichneten Ermächtigungen darf der Finanzminister überdies nur dann Gebrauch machen, wenn die Kinder durch fortdauernde Krankheit oder andere besondere Umstände dauernd behindert sind, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu erwerben.

— Eisenbahnunfälle. Im Monat Februar ereigneten sich 168 Eisenbahnbetriebs-Unfälle, darunter 23 Entgleisungen und 7 Zusammenstöße. Bei diesen Unfällen wurden 47 Personen, darunter 4 Reisende, getödtet und 106 Personen, darunter 14 Reisende, verletzt.

Posen, 13. April. Dem „Dziennik Kuj." wird aus Obornik geschrieben, der dortige Postverwalter habe am 2. d. Mts. sämtliche Briefträger seines Bezirks zusammenberufen und ihnen eine Verordnung vorgelesen, nach welcher ihnen die Verbreitung polnischer Blätter untersagt werde; sie hätten sämtlich die Kenntnißnahme dieser Verordnung schriftlich bescheinigen müssen. Der Korrespondent des Blattes nimmt an, daß das Gleiche auch bei anderen Postanstalten geschehen und daß diese Verfügung höheren Orts erlassen worden sei. — Selbstverständlich kann es sich nur um das Verbot der außerdienstlichen Verbreitung polnischer Blätter handeln, das durchaus berechtigt erscheint.

Bremen, 13. April. Bremer Firmen erhielten aus New-York die Meldung, daß die Wardlinie ihre Dampferfahrten nach Havanna einstellte und nach Mexiko vorläufig eine fremde Flagge führt.

Homburg v. d. H., 13. April. Der Kultusminister und Professor Mommsen, die heut früh hier eingetroffen sind, besichtigten heut Vormittag unter Führung des Baurathes Jacobi das Saalburgmuseum und um 11 Uhr hielt Professor Mommsen dem Kaiser einen Vortrag über das zu erbauende Prätorium der Saalburg als Reichslandesmuseum. Um 1 Uhr fand im Schlosse Frühstückstafel statt, zu welcher u. a. der Kultusminister und Professor Mommsen geladen waren.

Kiel, 13. April. Sieben chinesische Kriegsschiffe gehen zur Zeit auf deutschen Werften ihrer Fertigstellung entgegen, nämlich 3 Panzerdeckkreuzer auf der Werft des „Vulcan" in Stettin und 4 Torpedobootszerstörer auf der Werft von Schichau in Elbing. Sämmtliche Schiffe sind bereits vom Stapel gelaufen. Die drei Panzerdeckkreuzer „Hai Yung", „Hai Cheu" und „Hai Shen" sind Doppelschraubendampfer von 100 m Länge, 2950 t Deplacement und Maschinen von 7500 indicirten Pferdekräften, welche eine Geschwindigkeit von 19½ Seemeilen in der Stunde verbürgen sollen. Jedes Schiff besitzt ein Panzerdeck von 75 mm Stärke, 24 Geschütze, 3 Torpedolancirrohre und 2 mächtige Scheinwerfer von 28 000 Normalkerzen Leuchtkraft. Die Kohlenbunker fassen 520 t, an Besatzung führt jedes Schiff 244 Mann. Die vier von der Schichauwerft erbauten Torpedobootszerstörer „Hai Lung", „Hai Syu", „Hai Ching" und „Hai Hoha" haben bei einer Länge von 62 m eine Maschinenkraft von 6500 Pferdestärken und sind für eine garantirte Geschwindigkeit von 32 Seemeilen erbaut. Der Schiffskörper besteht aus feinstem Nickelstahl. Die Ablieferung dieser sieben Kriegsschiffe an die chinesische Marineverwaltung wird im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Ausland.

Rußland. Petersburg, 12. April. Ein heut veröffentlichter kaiserlicher Ukas bestimmt: Die Gesammtsumme der umlaufenden hochprobigen Silbermünze wie Scheidemünze soll nicht mehr als dreimal so viel Rubel betragen als Rußland Einwohner hat. Privatpersonen müssen bei jeder Zahlung bis 25 Rubel hochprobige Silbermünze annehmen, die Kronskassen jedoch in jeder Summe; ausgenommen sind die Zahlungen von Zollsteuern und anderen in Gold zu erhebenden Gefällen, bei denen bis zu 5 Rubel in Silber anzunehmen sind. Als gesetzliche Geldeinheit Rußlands bei allen Zahlungen und Abschlüssen hat nunmehr der Rubel, der gleich 1/15 Imperial ist, zu gelten. — Der deutsche Botschafter in Petersburg, Fürst Radolin, besuchte gestern den Stadthauptmann Kleigels und beglückwünschte denselben zur Bewahrung vor dem Attentate, welches der verabschiedete Oberstlieutenant Ssawitsch vorgestern gegen ihn ausführen wollte. Die Beerdigung des dabei niedergeschossenen Schutzmannes hat unter großer Feierlichkeit stattgefunden. — Einem Telegramm der „Handels- und Industriezeitung" zufolge sind die Wintersaaten in Süd- und Central-Rußland gut aus dem Schnee herausgekommen. Der Boden ist genügend befeuchtet.

Griechenland, 13. April. Der griechische Gesandte in Paris wurde benachrichtigt, daß die Großmächte wegen des spanisch-amerikanischen Konfliktes vorläufig ihre Geschwaderchefs mit der Verwaltung Cretas bis zur Ankunft des Prinzen Georg betrauten.

Türkei. Contre-Admiral Ahmed ist wegen Bestellung zweier Kriegsschiffe bei Armstrong nach England abgereist. Der Marineminister unterhandelt mit der Banque Ottomane wegen eines Vorschusses von 590 000 Pfund zum Ankauf von 28 Handelsschiffen für die Mahjuse-Gesellschaft. Dieser Vorschuß soll mit sieben Procent verzinslich sein und zur Emission von Obligationen sowie zu einem weitgehenden Einfluß auf die Verwaltung der Gesellschaft berechtigen. — Von russischer Seite werden die Berichte, daß man die Pforte wegen der Zahlung der Kriegsentschädigungsrückstände bedränge, für unbegründet erklärt. Die Absicht, eine diesbezügliche Note zu überreichen, sei seit Monaten vertagt. Auch habe man nicht ausdrücklich auf der Zahlung derselben aus der griechischen Kriegsentschädigung, sondern nur auf Baarzahlung bestanden, die durch die Ottomanbank gewährleistet werden solle. Man gebe sich der Hoffnung hin, die Pforte werde ein freundschaftliches Uebereinkommen treffen.

Ost-Asien. Nach einer Meldung aus Honkong ist Prinz Heinrich von Preußen gestern an Bord der „Gefion" nach Shanghai in See gegangen. Die „Deutschland" wird die Weiterreise erst später antreten. — Die japanische Regierung scheint noch immer zu schwanken und sich noch nicht entschlossen zu haben, ob sie sich zur Wahrung ihrer Interessen England oder Rußland anschließen soll. Aus Petersburg wird gemeldet, Japan wolle in die Abtretung Wei-hai-weis an England nur gegen bedeutende Compensationen willigen, welche, Dank dem in Peking herrschenden russischen Einflusse, bisher zurückgewiesen wurden. Man glaube, Japan wolle Fusan auf Korea und werde darin von England unterstützt. — Der neue russische Gesandte in China Speyer und der russische Finanzbeirath Abrejew haben Saul verlassen und sich nach China begeben. Berichten zufolge soll im Innern Koreas ein Aufstand ausgebrochen sein.

Locales.

Gleiwitz, den 14. April 1898.

*** Besuch. Eine Anzahl Studirender der Bergakademie zu Freiberg in Sachsen unternimmt unter Leitung des Herrn Bergrath Professor Ledebur diese Woche eine Exkursion nach Oberschlesien und gedenkt folgende Werke zu besichtigen: Königshütte, Bismarckhütte, Friedenshütte, die hiesige Königl. Hütte und die Huldschinsky'schen Werke.

*** Familienunterstützung für Reservisten und Landwehrmänner. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Mai 1892 sind an die Familien der zu den Uebungen einberufenen Reservisten und Landwehrmänner auf Verlangen Unterstützungsgelder zu zahlen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen können die Unterstützungsgelder schon während der Uebungszeit von den Ehefrauen gegen Vorlegung der Heirathsurkunde und der Geburtsurkunden der Kinder in Empfang genommen werden; einer Vorlegung des Militär-Passes bedarf es in diesen Fällen nicht. Die Standesbeamten sind verpflichtet, die nothwendigen Urkunden kosten-